

Frau Gitta Connemann MdB
Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für
Wirtschaft und Energie

FDP-Kreisverband Leer

Per E-Mail

Leer, den 04. Dezember 2025

Keine Zustimmung zum geplanten Rentenpaket – aus Verantwortung für kommende Generationen

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Connemann,

wir wenden uns an Sie, weil wir uns ernsthafte Sorgen um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und um Generationengerechtigkeit machen. Die aktuelle Debatte um das Rentenpaket erfüllt uns mit wachsender Fassungslosigkeit – und mit der Befürchtung, dass hier – nach der faktischen Abschaffung der Schuldenbremse – erneut ein großer politischer Fehler gemacht wird, der kommende Generationen enorm belasten und vor immer größere Herausforderungen stellen wird. Wir appellieren daher an Sie, dem Gesetz morgen im Deutschen Bundestag nicht zuzustimmen!

Wir erinnern Sie daran, dass es im aktuellen Streit um die sogenannte Haltelinie und um die Frage, wie lange und in welchem Umfang der Nachhaltigkeitsfaktor der Rentenformel ausgesetzt werden soll, keineswegs darum geht, die Rentenleistungen zu kürzen. Es geht allein darum, ob die Renten künftig langsamer oder schneller steigen und ob sie künstlich auf einem höheren Niveau gehalten werden sollen.

Zwar wird die aktuelle Diskussion über einzelne Parameter wie die Haltelinie dem großen Problem, dass das jetzige Umlagesystem nicht mehr tragfähig ist, keineswegs gerecht, aber dennoch sollten Sie die Einwände der Jungen Union ernst nehmen. Nach einer aktuellen Berechnung des ifoInstituts muss künftig jeder dritte Steuer-Euro für die Rentenversicherung aufgewendet werden. Wir finden, dass dies die Probleme des jetzigen Systems sehr genau verdeutlicht.

Dass Sie als Teil der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD aktuell hunderte Milliarden Euro an Steuergeld in ein absehbar kollabierendes System lenken wollen, gleicht einer politischen Insolvenzverschleppung. Bei notwendigen Reformschritten bleibt es bei Versprechungen. Wir sind der Auffassung, dass es ein großer Fehler ist, nun Gesetzesakte zu beschließen und Reformen in eine Kommission zu verlagern, deren Empfehlungen keineswegs bindend sind. Die im Rentenpaket festgelegten Leistungsausweitungen gleichen einem ungedeckten Scheck, der die Renten für die künftigen Generationen umso unsicherer macht.

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass es tiefgreifende Reformen braucht, um die Renten zu sichern und kommende Generationen nicht immer weiter über Gebühr zu belasten. Dazu liegen bereits längst ausgereifte Konzepte vor. Gerade jetzt wäre die Gelegenheit, endlich den Einstieg in eine kapitalgedeckte gesetzliche Aktienrente einzuleiten. Bereits 2021 hat das Mitglied der „Wirtschaftsweisen“, Professor Martin Werding, im Auftrag der FDP-Bundestagsfraktion ein wissenschaftliches Gutachten vorgelegt, das die Umsetzbarkeit eines solchen Systemwechsels und seine Vorteile schon wenige Jahre nach der Einführung klar belegt (abrufbar unter: <https://www.fdpbt.de/studie-gesetzliche-aktienrente-fuehrt-stabilisierung-und-entlastung>). Die für die

Übergangszeit notwendigen zusätzlichen Steuerzuschüsse, um die bestehenden Rentenansprüche im Umlagesystem zu sichern, beziffert Professor Werding auf insgesamt 105 Milliarden Euro, verteilt über 15 Jahre.

Wir appellieren an Sie, die jetzt im Raum stehenden über einhundert Milliarden Euro, die von Ihnen ohne jede zukunftsgerichtete Reform in das derzeitige, bereits überlastete System fließen sollen, stattdessen in einen echten Systemwechsel mit dem Einstieg in die kapitalgedeckte Altersvorsorge zu investieren.

Wir wenden uns hiermit auch an Sie als Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Ihnen dürfte daher nicht entgangen sein, dass bereits Mitte November 32 Wirtschaftsverbände beide Regierungsparteien sowie die Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD aufgefordert haben, das geplante Rentenpaket im Bundestag zu stoppen. Die Verbände werfen Ihnen verfehlte Rentenpolitik vor und warnen vor einem Kollaps des Systems. Diese Kritik teilen wir. Mit dem Rekordschuldenpaket spüren die Menschen bereits, dass der Plan Ihrer Bundesregierung, strukturelle Probleme mit schuldenfinanziertem Geld ohne echte Reformen kaschieren zu wollen, gescheitert ist. Gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Krise, in der sich hunderttausende Familien ernsthafte Sorgen um ihre Zukunft machen müssen, kann es keine Lösung sein, Reformen im Sozialsystem aus dem Weg zu gehen. Ihre Pläne würden die bereits hohen Lohnnebenkosten weiter steigern und Arbeitnehmer und Unternehmen zusätzlich belasten.

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Connemann, bitte stimmen Sie dem „Rentenpaket“ im Bundestag nicht zu und hören Sie auf die Argumente – auch von der Jungen Gruppe aus Ihrer eigenen Fraktion! Andernfalls verschieben Sie das Problem immer weiter in die Zukunft – ohne jede Perspektive für junge Menschen und ohne irgendeine Aussicht darauf, den Standort Deutschland langfristig zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen,



Jens Völker
Kreisvorsitzender der FDP Leer



Cornelia Debus
Kreisvorsitzende der FDP Leer



Moritz Cvoros
Stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP Leer
Stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP Ems-Jade